

**Vorlage an den Landrat****betreffend Staatsrechnung 2006**

vom 20. März 2007

INHALTSVERZEICHNIS

1. VORBEMERKUNG.....	3
2. RAHMENBEDINGUNGEN.....	3
2.1 VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	3
2.2 FINANZLAGE DES BUNDES	4
3. ÜBERBLICK UND GESAMTBEURTEILUNG.....	4
3.1 WÜRDIGUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES	4
3.2 ÜBERBLICK ÜBER DIE GESAMTRECHNUNG	5
3.3 ENTWICKLUNG DES SELBSTFINANZIERUNGSGRADES	7
3.4 FINANZKENNZAHLEN	7
4. ANALYSE DER RECHNUNG 2006	9
4.1 ENTWICKLUNG DES AUFWANDES NACH ARTENGLIEDERUNG	9
4.2 ENTWICKLUNG DES ERTRAGS NACH ARTENGLIEDERUNG	12
4.3 KOMMENTAR ZUM SEKTOR GESUNDHEIT	17
4.4 KOMMENTAR ZUM SEKTOR BILDUNG.....	18
4.5 LEISTUNGSAUSTAUSCH MIT BASEL-STADT	21
4.6 BEMERKUNGEN ZUR INVESTITIONSRECHNUNG.....	22
5. VERMÖGENS- UND SCHULDENMANAGEMENT	24
6. ÜBERFÜHRUNG VERMÖGENSWERTE IN DAS VERWALTUNGSVERMÖGEN	26
7. ABSCHLÜSSE DER AUSGELAGERTEN ORGANISATIONSEINHEITEN UND DER SELBSTÄNDIGEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN ANSTALTEN	26
7.1 ABSCHLUSS MOTORFAHRZEUGPRÜFSTATION BEIDER BASEL (MFP)	26
7.2 ABSCHLUSS FACHHOCHSCHULE NORDWESTSCHWEIZ (FHNW)	27
7.3 ABSCHLUSS UNIVERSITÄTSKINDERSPITAL (UKBB).....	27
8. ABSCHREIBUNG DER ALS POSTULAT ÜBERWIESENEN MOTION DER CVP/EVP-FRAKTION VOM 7. APRIL 2005: „GAP2“ (2005/096)	28
9. ANTRAG	31

TABELLENVERZEICHNIS

<i>Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.</i>	<i>3</i>
<i>Tabelle 2: Überblick über die Gesamtrechnung.</i>	<i>6</i>
<i>Tabelle 3: Definition Finanzkennzahlen.</i>	<i>8</i>
<i>Tabelle 4: Finanzkennzahlen.</i>	<i>8</i>
<i>Tabelle 5: Laufender Aufwand nach Kontengruppen.</i>	<i>10</i>
<i>Tabelle 6: Vergleich Soll-Stellenplan 2006 und Stichtagserhebung am 31.12.2006.</i>	<i>10</i>
<i>Tabelle 7: Laufender Ertrag nach Kontengruppen.</i>	<i>13</i>
<i>Tabelle 8: Erträge periodischer Steuern und Abgrenzung Vorjahre.</i>	<i>13</i>
<i>Tabelle 9: Steuererträge gegliedert nach Arten.</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 10: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Gesundheitssektor.</i>	<i>18</i>
<i>Tabelle 11: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Bildungssektor.</i>	<i>20</i>
<i>Tabelle 12: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.</i>	<i>21</i>
<i>Tabelle 13: Überführung Vermögenswerte in das Verwaltungsvermögen.</i>	<i>26</i>

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1: Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades.</i>	<i>7</i>
<i>Abbildung 2: Investitionsausgaben - Vergleich Rechnung 2005 vs. Rechnung 2006.</i>	<i>22</i>
<i>Abbildung 3: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.</i>	<i>24</i>
<i>Abbildung 4: Fälligkeitsstruktur Festgeldanlagen, Obligationen/Pfandbriefe per 31.12.2006.</i>	<i>25</i>

1. Vorbemerkung

Entsprechend § 6 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung gemäss § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² über das Finanzjahr 2006. Die Staatsrechnung enthält die Verwaltungsrechnung mit der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie die Bilanz des allgemeinen Staatsguts, Inventare und Angaben über Verpflichtungskredite. Weiter sind die Abschlüsse von Fonds und Stiftungen beigefügt. Einzelne besondere Aspekte der Rechnung werden im Zahlenteil von den Direktionen bzw. Dienststellen kommentiert.

2. Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) ist im Jahr 2006 mit 2.9% aussergewöhnlich stark gestiegen - dem Budget lag ein Wachstum von 1.9% zugrunde. Das überdurchschnittliche Wachstum wurde insbesondere durch die Exporte, eine deutlich gesteigerte Investitionstätigkeit der Unternehmen und den dynamischen privaten Konsum angetrieben. Die Wirtschaft im Kanton Basel-Landschaft hat sich 2006 mit einer Zunahme des BIP um 2.9% im Gleichschritt mit der übrigen Schweiz entwickelt. Aufgrund der neusten Prognosen ist davon auszugehen, dass die Wachstumsdynamik der Schweizer und der Baselbieter Wirtschaft sich im laufenden Jahr fortsetzt. Für 2007 wird ein BIP-Wachstum von 2% (BL: 2.5%) erwartet. Die Wachstumsschwäche der Schweizer Wirtschaft scheint überwunden zu sein.

Der Arbeitsmarkt im Kanton Basel-Landschaft war im Jahr 2006 von einer markanten Abnahme der Arbeitslosigkeit geprägt. Im Jahresdurchschnitt waren 3'851 Personen als arbeitslos registriert. Verglichen mit dem Vorjahr entspricht dies einer Abnahme um 737 Personen oder 16.1%. Nach einer Arbeitslosenquote von 2.8% im Jahresdurchschnitt 2006 (2005: 3.3%) darf für 2007 mit einer anhaltenden Abnahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Die kantonale Arbeitslosenquote lag 2006 um 0.5 Prozentpunkte unter dem ebenfalls rückläufigen gesamtschweizerischen Wert von 3.3% (Vorjahr: 3.8%).

Die Teuerung hat sich mit einem Jahresdurchschnitt von 1.1% gegenüber 2005 (1.2%) leicht verlangsamt, während die Zinssätze (Rendite der eidg. Obligationen) von 2.1% auf 2.5% gestiegen sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der massgebenden Indikatoren³:

Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	B 2006
BIP-Wachstum (nominal) CH	1.0	2.9	1.9	4.0	2.9
BIP-Wachstum (real) BL	0.9	2.8	1.5	2.9	1.9
Jahresteuerung (Konsumentenpreisindex)	0.6	0.8	1.2	1.1	1.0

¹ SGS 100

² SGS 310

³ Quelle: Basel Economics AG und Bundesamt für Statistik (Konsumentenpreise).

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	B 2006
Zinssätze Kapitalmarkt (Rendite eidg. Obligationen)	2.7	2.7	2.1	2.5	2.6

2.2 Finanzlage des Bundes

Die Staatsrechnung 2006 des Bundes schliesst mit einem Überschuss von 2.5 Milliarden Franken deutlich besser ab als budgetiert (Budget: Defizit von 0.6 Mrd. Fr.). Die ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien (3.2 Milliarden) sind im ausgewiesenen Überschuss nicht enthalten. Diese Einnahmen wurden für den Schuldenabbau verwendet. Dank des erfreulichen Ergebnisses können die Schulden des Bundes von 130 auf 125 Mrd. Franken verringert werden.

Die Gesamtausgaben liegen um 1 Milliarde Franken oder 1.9% über den Vorjahreswerten. Im Vergleich dazu betrug das nominelle Wirtschaftswachstum 3.9%. Die Gesamtausgaben liegen 300 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert. Zum geringen Wachstum der Ausgaben trägt die konsequente Ausgabendisziplin bei, welche dank des Entlastungsprogramms 03/04, einer Aufgabenverzichtsplanung im Innenbereich der Verwaltung und gezielten Kürzungen während der Budgetierung zum Ausdruck kommt. Ein beträchtliches Ausgabenwachstum ist auf die höheren Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen (+742 Mio. Fr.) zurück zu führen (hier vorab bei der direkten Bundessteuer) und bei den Zinsen (+11.6% im Vergleich zum Vorjahr). Daneben hat nur der Bereich Bildung (7.7% der Gesamtausgaben) mit einem Zuwachs von +2.8% überdurchschnittlich zugenommen. Andere Aufgabengebiete wuchsen nur geringfügig oder verzeichneten im Vergleich zu 2005 reale Rückgänge. Seit 2004 findet beim Bund ein Personalabbau statt. Im letzten Jahr war 2.7% weniger Bundespersonal beschäftigt als im Vorjahr. Dies entspricht einem Abbau von 914 Vollzeitstellen. Dieser Trend wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt. Der Personalabbau soll aber auch weiterhin möglichst sozialverträglich durchgeführt werden.

Ein wesentlicher Grund für das gute Ergebnis zeigt sich in der starken Entwicklung der Fiskaleinnahmen. Dank der guten Konjunktur liegen die Gesamteinnahmen gegenüber der Rechnung 2005 mit 54.9 Milliarden Franken um 3.6 Milliarde oder 7.1% höher. Beachtliche Mehreinnahmen sind bei der Mehrwertsteuer zu finden, welche direkt auf die Konjunktorentwicklung reagiert. In diesem Bereich beträgt die Zunahme gegenüber der Rechnung 2005 rund 900 Mio. Franken. Der Wirtschaftsaufschwung zeigt sich auch bei der direkten Bundessteuer, welche ein Plus von rund 2 Mrd. gegenüber der Rechnung 2005 verzeichnet. Die Verrechnungssteuer übertrifft mit Einnahmen von knapp 4 Mrd. Franken den budgetierten Wert bzw. den langjährigen Durchschnitt um beinahe eine Milliarde Franken.

3. Überblick und Gesamtbeurteilung

3.1 Würdigung des Rechnungsabschlusses

Der Rechnungsabschluss 2006 ist mit einem Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von 21 Mio. Franken überaus erfreulich. Das Eigenkapital erhöht sich auf 185.5 Mio. Franken. Währenddem das Wirtschaftswachstum 4 Prozent betrug, haben die Staatsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 13.6 Prozent abgenommen, wobei zu beachten ist, dass die Rechnung

2005 von Sonderfaktoren geprägt war. Staats- und Steuerquote haben gegenüber dem Vorjahr abgenommen; die Staatsquote ist sogar tiefer als im Jahr 2004.

Der gute Rechnungsabschluss ist nicht nur das Ergebnis der guten Konjunkturlage: Die vor einigen Jahren eingeleitete Finanzpolitik zeigt Früchte. Dank eines restriktiven Ausgabenverhaltens wird das Budget für den Personalaufwand um 16 Mio. Franken unterschritten, und der Soll-Stellenplan für das Jahr 2006 wird per Stichtag 31.12.2006 um 99 Stellen nicht ausgeschöpft.

Die Steuereinnahmen liegen insgesamt um 117 Mio. Franken über den Erwartungen, wobei im Betrag von 61 Mio. Franken Steuern aus den Vorjahren vereinnahmt werden. Mehrerträge gegenüber dem Budget sind auch bei den Vermögenserträgen und Spitaltaxen zu verzeichnen. Der Kostendeckungsgrad der Spitalbetriebe hat sich verbessert, so dass der Staatsbeitrag im Jahr 2006 unter demjenigen des Jahres 2005 liegt.

Der ausserordentlich gute Rechnungsabschluss erlaubt es, für zukünftige Bauvorhaben, welche massgeblich zu einer hohen Standortattraktivität beitragen, Reserven zu bilden. Für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz wird eine weitere Einlage im Umfang von 65 Mio. Fr. getätigt. Für den Bau eines Campus FHNW/Uni wird eine Fondseinlage im Umfang von 50 Mio. Franken vorgenommen.

Der gute Rechnungsabschluss 2006 darf nicht dazu verleiten, die Anstrengungen zur Erreichung oder Erhaltung eines gesunden Finanzhaushalts zu vermindern. Wird das Ausgabenniveau in Jahren guter Wirtschaftslage übermässig erhöht, wird es bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum und stagnierenden Einnahmen umso schneller notwendig, einschneidende Entlastungsmassnahmen einzuleiten. Der Regierungsrat möchte die bisherige Finanzpolitik, welche einen überlegten Zuwachs der Ausgaben und eine Verstetigung des Staatshaushalts zum Ziele hat, weiterführen. Die Optimierung der Kosten und Steigerung der Effizienz ist eine Daueraufgabe, welche in allen laufenden Projekten als Zielsetzung mit enthalten ist. Die Überprüfung der öffentlichen Aufgaben ist absolut notwendig und wird in zahlreichen Projekten vorgenommen. Der Regierungsrat erachtet jedoch die Lancierung eines Projekts zur flächendeckenden Überprüfung der Aufgaben zum heutigen Zeitpunkt nicht als opportun.

3.2 Überblick über die Gesamtrechnung

Die *Laufende Rechnung* schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 21 Mio. Franken und somit besser als budgetiert ab (+22.3 Mio. Franken). Das Ergebnis wird durch folgende Sonderfaktoren beeinflusst:

- Zusätzliche Steuererträge aus Vorjahren bei der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuer von 61 Mio. Franken (vgl. Kapitel 4.2).
- Für einen allfälligen Neubau Campus FHNW/Uni wird ein neuer Fonds gegründet. Die Einlage in diesen Fonds beträgt 50 Mio. Franken (siehe Anhang). Die Schaffung des Fonds untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.
- In den Fonds Neubau Kantonsspital Bruderholz wird eine weitere Einlage von 65 Mio. Franken getätigt (siehe Anhang). Der Kapitalbestand beläuft sich per Ende 2006 auf 215 Mio. Franken. Die Einlage in den Fonds untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.

Der Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung übersteigt den Voranschlag um 119.3 Mio. Franken (4.7%), wovon 115.0 Mio. Franken auf die erwähnten Sonderfaktoren entfallen.

Die Erträge liegen um 141.7 Mio. Franken oder 5.6% über den Budgeterwartungen. Hiervon entfallen 61 Mio. Franken auf die vorerwähnten aperiodischen Steuererträge.

Gegenüber der Rechnung 2005 nimmt der laufende Aufwand um 417.6 Mio. Franken oder 13.6% ab. Der Gesamtertrag 2006 nimmt gegenüber der Rechnung 2005 um 428.6 Mio. Franken bzw. 13.8% ab. Der Vergleich zwischen Rechnung 2006 und Rechnung 2005 zeigt teilweise grosse Abweichungen, da die Rechnung 2005 massgeblich von Sonderfaktoren geprägt war (Vereinnahmung des Ertrags aus dem überschüssigen Nationalbankgewinn, ausserordentliche Abschreibungen und Rückstellungen).

Tabelle 2: Überblick über die Gesamtrechnung.

in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 05	Rechnung 2006	% Ver. zu B 06	Budget 2006
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	3'081.2	-13.6	2'663.6	4.7	2'544.3
Ertrag	3'113.3	-13.8	2'684.7	5.6	2'543.0
Saldo Laufende Rechnung	32.1		21.0		-1.3
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	216.6	-12.5	189.6	-10.8	212.5
Einnahmen	59.1	69.8	100.3	-0.1	100.3
Nettoinvestitionen	-157.6	-43.3	-89.4	-20.3	-112.2
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	32.1		21.0		-1.3
Abschreib. Verwaltungsverm.	357.6	-67.4	116.6	6.6	109.4
Selbstfinanzierung	389.7		137.6		108.1
Selbstfinanzierung	389.7		137.6		108.1
Nettoinvestitionen	-157.6	-43.3	-89.4	-20.3	-112.2
Finanzierungssaldo	232.1		48.3		-4.1
Selbstfinanzierungsgrad	247.3		154.0		96.4

In der *Investitionsrechnung* wird das budgetierte Ausgabenvolumen um 22.9 Mio. Franken unterschritten. Die Investitionseinnahmen fallen im budgetierten Rahmen aus (-0.1%). Die resultierenden Nettoinvestitionen liegen um 22.8 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Gegenüber der Rechnung 2005 nehmen die Nettoinvestitionen um 68.2 Mio. Franken oder 43.3% ab.

Die *Selbstfinanzierung* fällt mit 137.6 Mio. Franken um 29.5 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Gegenüber der Vorjahresselbstfinanzierung sinkt der Wert um 252.1 Mio. Franken.

Der *Selbstfinanzierungsgrad* der Nettoinvestitionen beläuft sich auf 154% und überschreitet somit deutlich den budgetierten Wert von 96.4%. Der Vorjahreswert liegt bei 247.3%. Die For-

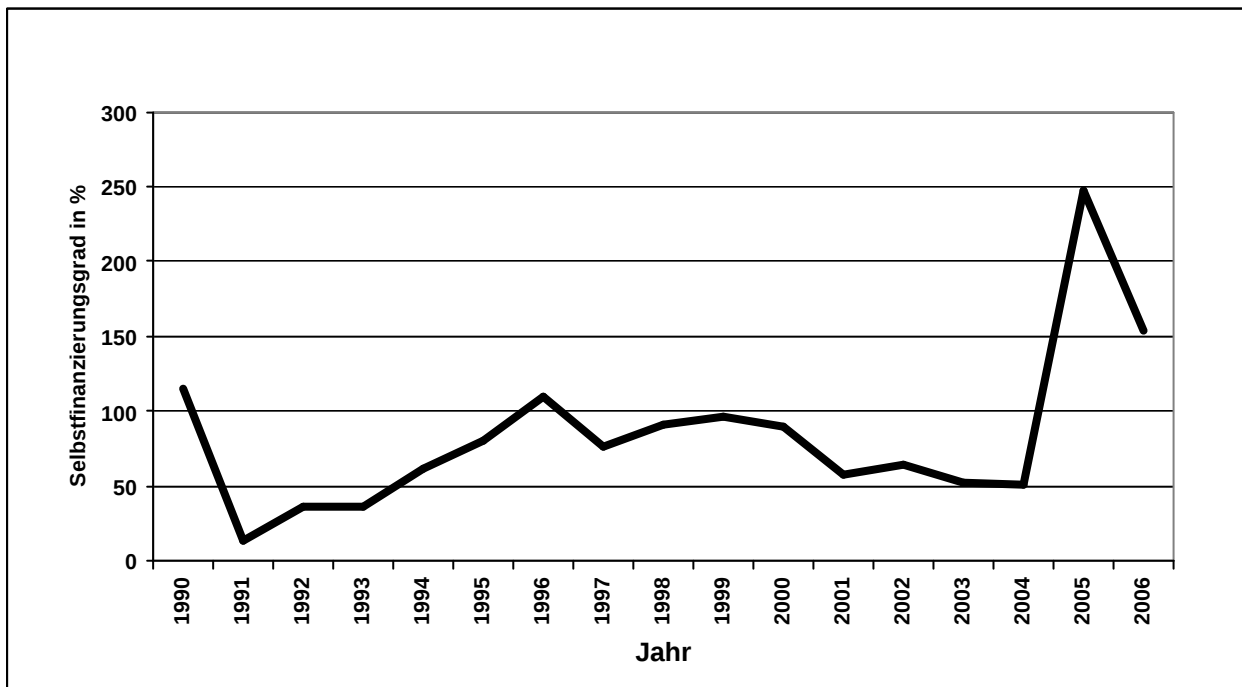
derung des Landrats, wonach im mehrjährigen Durchschnitt der jeweiligen Finanzplanperiode ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75% zu erreichen ist, ist damit erfüllt.

Der Finanzierungssaldo weist einen positiven Wert von 48.3 Mio. Franken aus; budgetiert war ein Wert von -4.1 Mio. Franken. Im Vorjahr lag der Finanzierungssaldo bei 232.1 Mio. Franken.

3.3 Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades seit 1990. Im Durchschnitt der Beobachtungsperiode ergibt sich ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von knapp 90 Prozent. Damit ist die Zielsetzung eines durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrads von 75 Prozent mehr als erfüllt.

Abbildung 1: Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades.



3.4 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts wird nachfolgend anhand ausgewählter Finanzkennzahlen (vgl. Tabelle 3) beurteilt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2005-2006 auf Prognosewerte basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 3: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ⁴ in % des Volkseinkommens ⁵
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ⁶ in % des bereinigten Ertrags ⁷ .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ⁸ .

Tabelle 4: Finanzkennzahlen.

Finanzkennzahlen	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung
Staatsquote	15.4%	16.8%	16.1%	16.9%	17.0%	16.5%
Steuerquote	8.6%	8.7%	8.9%	8.8%	10.3%	9.4%
Brutto-Investitionsquote	1.2%	1.3%	1.4%	1.4%	1.5%	1.3%
Netto-Investitionsquote	1.0%	1.0%	1.1%	1.1%	1.1%	0.6%
Selbstfinanzierungsgrad	56.8%	65.3%	51.6%	51.2%	247.3%	154.0%
Neuverschuldungsgrad	43.2%	34.7%	48.4%	48.8%	-147.3%	-54.0%
Kapitaldienstanteil	4.0%	4.7%	4.4%	4.0%	3.1%	1.8%
Zinsbelastungsanteil	-1.7%	-0.4%	-1.1%	-1.3%	-1.1%	-2.1%
Investitionsanteil	7.9%	7.7%	9.0%	8.7%	7.4%	7.4%
Transferanteil	41.6%	43.9%	40.5%	41.6%	34.3%	39.1%

Die **Staatsquote** beträgt 16.5% des kantonalen Volkseinkommens und ist gegenüber 2005 um 0.5 Prozentpunkte, gegenüber 2004 um 0.4 Prozentpunkte tiefer. Im Jahr 2006 sind die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons weniger stark gewachsen als das Volkseinkommen.

⁴ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

⁵ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die Zahlen für 2005 und 2006 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens der BAK hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für die vorerwähnten Jahre werden ändern, sobald definitive Zahlen vorliegen. Die Entwicklung des Volkseinkommens präsentiert sich wie folgt (in Mio. Fr. und mit prozentualer Veränderung gegenüber Vorjahr):

2001	2002	2003	2004	2'005	2006
13'577 Mio. 0.2%	13'363 Mio. -1.6%	13'545 Mio. 1.4%	13'707 Mio. 1.2%	14'146 Mio. 3.2%	14'924 Mio. 5.5%

⁶ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

⁷ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

⁸ Gesamteinnahmen abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

Bei der **Steuerquote** ist 2006 gegenüber der Rechnung 2005 eine Abnahme von 0.9 Prozentpunkten zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2005 im Umfang von 206.08 Mio. Fr. Steuererträge aus den Vorjahren vereinnahmt worden sind.

Die gegenüber dem Vorjahr um 27.0 Mio. Franken gesunkenen Investitionsausgaben schlagen sich in einer leichten Abnahme der **Bruttoinvestitionsquote** von 0.2 Prozentpunkten auf 1.3% nieder. Die **Nettoinvestitionsquote** liegt bei 0.6% und somit deutlich tiefer als im Vorjahr mit 1.1% (-0.5 Prozentpunkte). Die Hauptursache hierbei liegt vor allem beim starken Anstieg der Investitionseinnahmen von 41.2 Mio. Franken (+69.8%) gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund des positiven Finanzierungssaldos ist der **Neuverschuldungsgrad** 2006 bei Minus 54%. Das heisst, dass 2006 eine Überdeckung der Nettoinvestitionen vorhanden ist.

Der **Kapitaldienstanteil** verzeichnet eine starke Abnahme von 3.1% im Jahr 2005 auf 1.8%. Der Grund liegt hauptsächlich in der Zunahme der Vermögenserträge und der Abnahme der ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (die Investitionsbeiträge werden neu in der Laufenden Rechnung verbucht).

Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ und liegt bei -2.1%, was einer Abnahme um 1 Prozentpunkt entspricht.

Der **Investitionsanteil** ist im Vergleich zur Rechnung 2005 unverändert geblieben. Der **Transferanteil** ist 2006 gegenüber der Rechnung 2005 von 34.3% auf 39.1% gestiegen. Die Transfers nehmen im Vergleich zu den konsolidierten Gesamteinnahmen überproportional zu, da die Investitionsbeiträge neu in der Laufenden Rechnung verbucht werden).

4. Analyse der Rechnung 2006

4.1 Entwicklung des Aufwandes nach Artengliederung

Tabelle 5 zeigt, wie sich die verschiedenen Aufwandkategorien gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung entwickeln.

Der Landrat hat im Budget 2006 eine Kürzung des Personalaufwands um 1 Mio. Franken beschlossen (LRV 2005/251-1). In der Folge hat der Regierungsrat die Direktionen beauftragt, zur Umsetzung des Sparauftrages Massnahmen, wie Stellenabbau oder verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen, einzuleiten. Dank grosser Anstrengungen aller Organisationseinheiten wird der budgetierte Personalaufwand um 16 Mio. Franken oder 1.7% nicht ausgeschöpft.

Tabelle 5: Laufender Aufwand nach Kontengruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 05	Rechnung 2006	% Ver. zu B 06	Budget 2006 inkl. NK
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	893.0	1.6	907.2	-1.7	923.2
31 Sachaufwand	274.5	3.0	282.8	0.0	282.9
32 Passivzinsen	37.0	2.2	37.8	4.0	36.3
33 Abschreibungen	395.3	-61.0	154.1	11.9	137.7
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	84.7	16.5	98.8	19.8	82.4
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	110.9	-16.0	93.1	-6.2	99.3
36 Eigene Laufende Beiträge	784.8	8.8	854.1	0.1	853.3
37 Durchlaufende Beiträge	83.6	-4.1	80.1	-2.2	82.0
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	392.1	-66.4	131.8	525.1	21.1
39 Interne Verrechnungen	25.4	-5.9	23.9	-8.7	26.2
Gesamttotal Aufwand	3'081.2	-13.6	2'663.6	4.7	2'544.3

Mit dem Budget 2005 hat der Regierungsrat einen Soll-Stellenplan eingeführt. Der Soll-Stellenplan umfasst alle Stellen der kantonalen Verwaltung mit Ausnahme der vom Bund refinanzierten Stellen beim KIGA sowie der Stellen der Lehrpersonen. Die Bestände an besetzten Vollstellen dieser Kategorien per Stichtag 31.12.2006 liegen insgesamt um 98.6 Vollstellen unter den Plangrössen des bewilligten Soll-Stellenplans 2006.

Tabelle 6: Vergleich Soll-Stellenplan 2006 und Stichtagserhebung am 31.12.2006.

	Vollstellen Stichtag 31.12.2006	Soll- Stellenplan 2006	Differenz
Vollstellen der kantonalen Verwaltung ohne refinanzierte Stellen beim KIGA, ohne Lehr- personen und ohne Gerichte	5'110.8	5'206.7	-95.9
Vollstellen Kantonsgericht	210.9	213.6	-2.7
Total Vollstellen	5'321.7	5'420.3	-98.6

Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Vollstellenerhebung per 31.12.2006 um eine Stichtagsbetrachtung handelt, währenddem der Sollstellenplan 2006 auf einer Durchschnittsbetrachtung (budgetierte Stellen im Jahresdurchschnitt) basiert. Zudem ist der Bereich der Lehrpersonen ausgeklammert.

Gegenüber der Rechnung 2005 nimmt der Personalaufwand um 14.2 Mio. Franken bzw. um 1.6% zu. Die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals sowie der Lehrpersonen haben insgesamt um 9.1 Mio. Franken zugenommen, liegen aber um 15.8 Mio. Franken unter dem Budget 2006. Hauptgründe für den Minderaufwand liegen u.a. in der Nichtrealisierung von Projekten, Verjüngung des Personals, verzögerten Wiederanstellung bei Personalabgängen sowie bei der systematischen Betreuung und Verwaltung des Personalbestands von geschützten Arbeitsplätzen. Die Arbeitgeberbeiträge der Pensionskasse haben gegenüber dem Vorjahr um 3.6 Mio. Franken zugenommen. Gegenüber dem Budget 2006 ist ein Anstieg von 1.2 Mio. Franken bei den Arbeitgeberbeiträgen der Pensionskasse zu verzeichnen. Bei den Arbeitgeberbeiträgen an Vorpensionierungen ist ein Anstieg für vorzeitige Pensionierungen zu verzeichnen, was sich gegenüber Rechnung 2005 (+1 Mio. Franken) und Budget 2006 (+1.7 Mio. Franken) zeigt. Insgesamt beläuft sich der Arbeitgeberanteil an den Vorpensionierungen im Jahr 2006 auf 6.7 Mio. Franken.

Der **Sachaufwand** liegt mit 282.8 Mio. Franken um 0.1 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Grössere Abweichungen vom Budget ergeben sich beim Heizmaterial (+1.7 Mio. Franken), bei den Fahrzeugtreibstoffen und -schmiermitteln (+2.1 Mio. Franken), bei der Informatik (-2.2 Mio. Franken) sowie den EDV-Leistungen Dritter (-4.1 Mio. Franken) und beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+5.2 Mio. Franken). Das medizinische Verbrauchsmaterial kann grösstenteils weiterverrechnet werden, was sich auch in den Kontengruppen 432.12 -15 niederschlägt. Bei den Betriebsgebühren resultiert gegenüber dem Voranschlag eine Zunahme von +2.2 Mio. Franken. Hauptgrund dafür ist, dass die Betriebsgebühren bei den Kantonalen Steuern ab 2006 neu ertragswirksam verbucht werden. Gegenüber der Rechnung 2005 nimmt der gesamte Sachaufwand um 8.3 Mio. Franken oder 3% zu.

Der Aufwand für die **Passivzinsen** überschreitet das Budget um 1.5 Mio. Franken oder 4%. Die Position wurde zu tief budgetiert.

Der **Abschreibungsaufwand** übersteigt mit 154.1 Mio. Franken das Budget um 16.4 Mio. Franken. Die Wertberichtigungen sind um 9.9 Mio. Franken tiefer als budgetiert: Die ausstehenden Steuerforderungen und die Abschreibung allgemeiner Guthaben liegen stark unter dem budgetierten Betrag, währenddem für die Wertberichtigungen für die Anlagen im Finanzvermögen kein Budgetbetrag eingesetzt worden ist, was zu einer Budgetüberschreitung führt. Die Budgetüberschreitung von 23.2 Mio. Franken bei den ausserordentlichen Abschreibungen resultiert aufgrund des Tagbruchs Chienbergtunnel (4.8 Mio. Fr. finanziert durch Rückstellungen) und aufgrund der Erhöhung der Rückstellungen für die Schwankungsreserve im Anlagenbereich.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** weisen gegenüber dem Budget eine Abweichung von 16.4 Mio. Franken oder 19.8% auf. Die Abweichung ist durch die höheren Beiträge an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs (+14.4 Mio. Franken) sowie auf die über dem Budget liegenden Anteile der Landeskirchen an der Kirchensteuer (+2.2 Mio. Franken) infolge der Verbuchung von Steuererträgen aus Vorjahren bei den juristischen Personen (vgl. S. 13 ff.) begründet.

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen** liegen um 6.2 Mio. Franken oder 6% unter dem budgetierten Betrag. Die grösste Abweichung von rund -7.6 Mio. Franken fällt auf Entschädigungen an Kantone im Rahmen der Spitalabkommen. Des weiteren ist eine Abwei-

chung von +2.1 Mio. Franken bei den Entschädigungen an Kantone für den ausserkantonalen Strafvollzug zu verzeichnen.

Bei den **Eigenen Laufenden Beiträgen** wird eine marginale Budgetüberschreitung von 0.8 Mio. Franken ausgewiesen. Diese kleine Differenz setzt sich im Detail aus wenigen grösseren Abweichungen zusammen: Beiträge an Bund (+7.3 Mio. Franken), Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmen (-2.8 Mio. Franken), Beiträge an private Schulen und Kurse, KVBL, Lehrbetriebe BS (-2.2 Mio. Franken) und Beiträge an private Haushalte (-2 Mio. Franken).

Die **durchlaufenden Beiträge** liegen um 1.8 Mio. Franken oder 2.2 % unter dem Budget. Diese Unterschreitung korrespondiert mit der Ertragsseite der durchlaufenden Beiträge und ist saldonneutral.

Bei den **Einlagen in Spezialfinanzierung und Fonds** wird der Voranschlag um insgesamt 110.8 Mio. Franken überschritten. Für den Finanzausgleichsfonds wird eine Einlage getätigt (Abweichung zum Voranschlag +2 Mio. Franken). Zusätzlich werden Fondseinlagen für den geplanten Neubau des Kantonsspitals Bruderholz 65 Mio. Franken, den Campus FHNW/Universität 50 Mio. Franken und Rückstellungen für rückwirkende Zahlungsverpflichtungen des Neuen Finanzausgleichs (IV Bereich) 10.8 Mio. Franken getätigt. Beim Fonds für die Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts resultiert gegenüber dem Budget eine Abnahme von 17.5 Mio. Franken, da das Gesetz für den unverzüglichen Bau der H2 erst per 1.1.2007 in Kraft gesetzt worden ist.

Der Aufwand für **interne Verrechnungen** liegt 2.3 Mio. Franken oder 8.7% unter dem Budget. Aufwand und Ertrag der internen Verrechnungen sind (wie die durchlaufenden Beiträge) saldonneutral (mit Ausnahme der Differenz aus dem Bezug der mehrwertsteuerpflichtigen Leistungen des AIB).

4.2 Entwicklung des Ertrags nach Artengliederung

Die verschiedenen Ertragskategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

Tabelle 7: Laufender Ertrag nach Kontengruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 05	Rechnung 2006	% Ver. zu B 06	Budget 2006 inkl. NK
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1'537.3	-4.0	1'475.6	8.6	1'358.5
41 Regalien und Konzessionen	430.1	-87.0	56.0	5.4	53.1
42 Vermögenserträge	68.0	35.9	92.5	12.1	82.5
43 Entgelte	452.7	2.5	464.2	3.1	450.1
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	109.7	17.1	128.5	-0.9	129.6
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	60.1	1.6	61.1	-5.9	65.0
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	264.6	12.1	296.5	0.5	295.1
47 Durchlaufende Beiträge	83.4	-3.9	80.1	-2.2	82.0
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	82.1	-92.1	6.5		1.1
49 Interne Verrechnungen	25.2	-6.0	23.7	-8.9	26.0
Gesamttotal Einnahmen	3'113.3	-13.8	2'684.7	5.6	2'543.0

Steuern

Der für die Abgrenzung der Steuererträge in der Rechnung 2006 massgebende Veranlagungsstand zeigt, dass die Steuererträge aus Einkommen, Vermögen, Ertrag und Kapital in den Vorjahren zu tief eingestellt worden sind. Die in der Rechnung 2006 vereinnahmten Steuererträge enthalten demnach auch Erträge, welche die Vorjahre betreffen. In Tabelle 8 werden die Abgrenzungen aus den Vorjahren, welche 61 Mio. Franken ausmachen, transparent ausgewiesen.

Tabelle 8: Erträge periodischer Steuern und Abgrenzung Vorjahre.

in Mio. Franken	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Budget 2006	Abweichung
Einkommenssteuer nat. Personen 2005/2006	837.57	869.01	863.00	6.01
Abgrenzung Vorjahre	80.70	32.40		
Total	918.27	901.41	863.00	38.41
Vermögenssteuer nat. Personen 2005/2006	105.01	107.99	97.00	10.99
Abgrenzung Vorjahre	45.50	6.40		
Total	150.51	114.39	97.00	17.39
Ertragssteuer juristische Personen 2005/2006	143.06	165.00	144.00	21.00
Abgrenzung Vorjahre	70.48	22.12		
Total	213.54	187.12	144.00	43.12

in Mio. Franken	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Budget 2006	Abweichung
Kapitalsteuer juristische Personen 2005/2006	15.56	15.87	15.30	0.57
Abgrenzung Vorjahre	9.40	0.1		
Total	24.96	15.97	15.30	0.67
Total periodische Steuern 2005/2006	1'101.20	1'157.87	1'119.30	38.57
Abgrenzung Vorjahre	206.08	61.02		
Total	1'307.28	1'218.89	1'119.30	99.59

Die gesamten Erträge aus Steuern übersteigen die Budgeterwartungen um 8.6% oder 117.1 Mio. Franken. Das Steueraufkommen für das Steuerjahr 2006 (ohne die abgegrenzten Steuererträge aus Vorjahren) übertrifft das Budget um 56.05 Mio. Franken oder 4.1%. Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Steuererträge um 61.7 Mio. Franken ab. Ohne aperiodische Steuererträge resultiert eine Zunahme von 83.3 Mio. Franken oder 6.3%. In Tabelle 9 sind die Steueraufkommen gegliedert nach den Steuerarten zusammengestellt.

Tabelle 9: Steuererträge gegliedert nach Arten.

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2005	% Ver. zu R 05	Rechnung 2006	% Ver. zu B 06	Budget 2006 inkl. NK
Einkommenssteuer nat. Personen	918.3	-1.8	901.4	4.5	863.0
Vermögenssteuer nat. Personen	150.5	-24.0	114.4	17.9	97.0
Grenzgänger, Nach- und Strafsteuern; Doppelbest.abkommen	39.6	2.4	40.6	8.9	37.3
Ertragssteuer juristische Personen	213.5	-12.4	187.1	29.9	144.0
Kapitalsteuer juristische Personen	25.0	-36.0	16.0	4.4	15.3
Kirchensteuer jurist. Personen	11.9	-14.8	10.2	27.5	8.0
Abfindungen 2./3. Säule	11.2	22.8	13.8	14.6	12.0
Grundstückgewinnsteuer	26.2	40.0	36.6	46.5	25.0
Handänderungssteuer	29.9	7.8	32.3	19.5	27.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	36.0	29.2	46.4	25.5	37.0
Verkehrssteuer	75.2	2.2	76.9	-17.3	93.0
Gesamttotal Steuern	1'537.3	-4.0	1'475.6	8.6	1'358.5

Bei der *Einkommenssteuer der natürlichen Personen* liegt der Ertrag für das Steuerjahr 2006 aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung um 6 Mio. Franken (0.7%) über dem Budget. Unter Berücksichtigung der Abgrenzung der Vorjahre wird der Voranschlag um 38.4 Mio. Franken überschritten (vgl. Tabelle 8). Die Abgrenzung der Vorjahre verteilt sich vor allem auf die Steuerjahre 2002 bis 2004 mit je 9-11 Mio. Franken, wohingegen auf das Steuerjahr 2005 rund 2.4 Mio. Franken entfallen.

Bei der *Vermögenssteuer der natürlichen Personen* resultiert aufgrund des bereits im Abschluss 2005 bekannten Basiseffekts auch für 2006 eine hohe Budgetüberschreitung (im Budget 2007 ist diese positive Entwicklung bei der Vermögenssteuer berücksichtigt). Bezogen auf das Steuerjahr 2006 ist eine Budgetüberschreitung von 11 Mio. Franken (+11.3%) zu verzeichnen. Unter Berücksichtigung der Abgrenzung der Vorjahre liegen die Mehrerträge um 17.4 Mio. Franken über dem budgetierten Wert. Die Abgrenzung der Vorjahre verteilt sich in Beträgen von maximal 2 Mio. Franken über die Steuerjahre 2001 bis 2005.

Bei der *Ertragssteuer der juristischen Personen* ist dank guter Wirtschaftsentwicklung auch für das Steuerjahr 2006 mit einer nochmaligen deutlichen Steigerung zu rechnen (21 Mio. Franken oder 14.6% über Voranschlag). Unter Berücksichtigung der Abgrenzungen der Vorjahre fallen die Steuererträge um 43.1 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Von den Abgrenzungen der Vorjahre fallen rund 17 Mio. Franken auf das Steuerjahr 2005; der übrige Mehrertrag aus Vorjahren kommt zur Hälfte aus dem Steuerjahr 2004 und der Rest aus noch früheren Steuerjahren.

Der seit einiger Zeit zu beobachtende Anstieg bei der *Kapitalsteuer* hält auch für das Steuerjahr 2006 an und führt zu einer Überschreitung des Budgetwertes um 0.6 Mio. Franken (3.7%). Unter Berücksichtigung der Abgrenzung aus Vorjahren übertrifft das Aufkommen der Kapitalsteuer die Budgeterwartungen um 0.7 Mio. Franken.

Gemäss § 8b Abs.1 erhebt der Kanton von den steuerpflichtigen juristischen Personen eine Kirchensteuer von 5% des Staatssteuerertrages zugunsten der Landeskirchen. Durch die Verbuchung von Vorjahreserträgen bei der Ertrags- und Kapitalsteuer fällt die *Kirchensteuer* um 2.2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Die Erträge aus *Nach- und Strafsteuern, Rückerstattung Grenzgänger sowie Steueranrechnung gemäss Doppelbesteuerungsabkommen* fallen um 3.3 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Seit 2000 war mit Ausnahme des Jahres 2003 ein steter Rückgang bei der *Grundstückgewinnsteuer* zu verzeichnen. Im 2006 ist ein starker Anstieg zu verzeichnen, der auch durch die Abrechnung grosser Überbauungen positiv beeinflusst wurde. Das Budget wird um 11.6 Mio. Franken (+46.4%) überschritten. Auch das Volumen an Handänderungen ist wie in den Vorjahren stark gestiegen, so dass der Voranschlag bei der *Handänderungssteuer* um 5.3 Mio. Franken (+19.52%) überschritten wird. Bei der *Erbschafts- und Schenkungssteuer* sind im 2006 ausserordentlich viele hohe Veranlagungen von Erbschaften an Nicht-Verwandte vorgenommen worden, die zu einem beträchtlichen Anstieg führen. Die Zunahme gegenüber dem Budget beträgt 9.4 Mio. Franken oder +25.5%.

Das *Verkehrssteueraufkommen* wurde zu hoch budgetiert, da von der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts (17.5 Mio. Franken) ausgegangen wurde. Die Aufhebung wurde im 2006 aber nicht umgesetzt. Gegenüber dem Budget resultiert eine Unterschreitung von 16.1 Mio. Franken oder -17.3%.

Die Erträge aus **Regalien und Konzessionen** übersteigen den Budgetwert um 2.9 Mio. Franken oder +5.4%. Die Differenz lässt sich dadurch begründen, dass bei der Wasserversorgung ausserordentlicher Ertrag durch eine erstmalige Abgrenzung zur Erreichung einer periodengerechten Verbuchung der voraussichtlichen Einnahmen der zweckgebundenen Grundwassernut-

zungsgebühren erfolgte und eine höhere private Grundwasserförderung als im 2005 notwendig war.

Die **Vermögenserträge** liegen insgesamt mit 92.5 Mio. Franken rund 12% über dem Budget von 82.5 Mio. Franken (+10 Mio. Franken). Folgende grösseren Abweichungen gegenüber dem Budget bei Einzelpositionen sind auszuweisen:

- Kontokorrentzinsen Geldinstitute +2.3 Mio. Franken: Steigende Zinssätze bei Kontokorrentzinsen und vermehrte Festgeldanlagen aus Vermögensverwaltungsmandaten
- Verzugszinsen Steuern +3.3 Mio. Franken
- Reingewinn BLKB +1 Mio. Franken
- Buchgewinn Liegenschaftsverkäufe +0.7 Mio. Franken
- Baurechtszinsen +1 Mio. Franken: Mehrertrag durch periodische Zinsanpassungen bei steigendem Zinsniveau
- Zinsen Wertschriften und Darlehen im Finanzvermögen +0.6 Mio. Franken: Mehrertrag durch Anlagen aus Vermögensverwaltungsmandaten
- Zinsen Wertschriften und Darlehen im Verwaltungsvermögen +0.6 Mio. Franken: Mehrertrag durch Teilliquidation von freien Reserven der Vereinigten Schweizerischen Rheinsalinen AG, Pratteln

Im Vergleich zum Budget fallen die Erträge aus **Entgelten** um 14.1 Mio. Franken oder 3.1% höher aus. Eine Abnahme bei den Entgelten ist bei den Gebühren der Bezirksschreibereien -9.6 Mio. Franken (-29.6%) und bei den Bussen -8.9 Mio. Franken (-25.9%) zu verzeichnen (Polizei: -8.6 Mio. Franken; Gerichte: -0.3 Mio. Franken). Die per 1.1.2006 in Kraft getretene Umstellung von Promillegebühren zu Aufwandgebühren schlägt sich im Rückgang der Gebühren bei den Bezirksschreibereien nieder. Mehrerträge resultieren im Wesentlichen bei den Pflegekosten und Erträgen aus medizinischen Leistungen +9.8 Mio. Franken, bei der Erhöhung Rückerstattung Lohnaufwand +4.4 Mio. Franken (v.a. Taggeldabrechnungen für Mutterschaftsentschädigungen), bei Verwaltungserträgen Übriges (+5.4 Mio. Franken), bei Verkäufen Treibstoff (+2.1 Mio. Franken), bei den übrigen Gebühren für Amtshandlungen (+5.6 Mio. Franken) und bei der Rückerstattung Beiträge aus Laufender Rechnung (+3.5 Mio. Franken).

Der im Vergleich zum Budget tiefere Ertrag aus **Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung** (-1.1 Mio. Franken bzw. -0.9%) resultiert in den folgenden Bereichen: Anteile an der direkten Bundessteuer (-2.9 Mio. Franken) und an der Verrechnungssteuer (+1.7 Mio. Franken).

Bei den **Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen** zeigt der Vergleich zwischen Budget und Rechnung insgesamt eine Budgetunterschreitung um 3.9 Mio. Franken oder 6%. Dabei sind folgende grössere Abweichungen zu erwähnen: Die Rückerstattungen von Gemeinden schneiden um 2.6 Mio. Franken (34%) schlechter ab, was vor allem auf die Nicht-Realisierung der Leistungsvereinbarungen für die vom Kanton erbrachten gemeindepolizeilichen Leistungen zurückzuführen ist (GAP-Massnahme). Die Rückerstattungen vom Kanton Solothurn liegen um 1 Mio. Franken (5%) unter dem budgetierten Wert (v.a. Spitalabkommen).

Insgesamt überschreiten die Erträge aus **Laufenden Beiträgen für eigene Rechnung** den Voranschlag um 1.4 Mio. Franken. Diese Differenz setzt sich aus keinen wesentlichen grossen Abweichungen zusammen und kann auf Grund des Volumens als Budgeterreicherung betrachtet werden.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds** übersteigen den budgetierten Ertrag um 5.4 Mio. Franken aufgrund der folgenden Transaktionen:

- Im Bereich Tiefbauamt "Planung und Realisierung kantonales Strassennetz" wurde eine Auflösung von Rückstellungen und eine definitive Abschreibung von nicht aktivierbaren Investitionen im Zusammenhang mit dem Tagbruch Chienbergtunnel von 4.8 Mio. Franken vorgenommen. Diese wurde im Budget 2006 nicht berücksichtigt.
- Im Bereich Amt für Industrielle Betriebe Abfallentsorgung wurde das Budget um 0.9 Mio. Franken überschritten. Die Verlustvorträge sowie das Defizit der Laufenden Rechnung an der KVA Basel wurde mittels Entnahme von 1.2 Mio. Franken aus dem Fonds KVA Basel eliminiert.

4.3 Kommentar zum Sektor Gesundheit

Die Ausgaben im Gesundheitssektor sind im Vergleich zu den Vorjahren wenig gestiegen. Die Aufwandszunahme gegenüber 2005 beträgt rund 2 Mio. Franken oder +0.4%. Wenn die Abnahme bei der Prämienverbilligung KVG von 7.2 Mio. Franken zusätzlich berücksichtigt wird, resultiert eine Abnahme im Gesundheitssektor von ca. 5 Mio. Franken bzw. - 0.8%. In den Spitalbetrieben ist der Aufwand im Rechnungsjahr um 12.5 Mio. Franken (+2.9%) angestiegen. Im Rahmen der Spitalabkommen ist der Aufwand im Vorjahresvergleich um 9.8 Mio. Franken (10.5%) tiefer ausgefallen.

Die Ertragsseite ist im 2006 um 12.2 Mio. Franken (+3.2%) gewachsen. Die Reduktion der Bundesbeiträge für die Prämienverbilligungen KVG um 2.2 Mio. Franken beeinflusst dieses Ergebnis nur gering. Die Spitalbetriebe konnten im Rechnungsjahr Mehrerträge im Umfang von 14.9 Mio. Franken generieren. Die Erträge aus den Spitalabkommen haben um 0.5 Mio. Franken abgenommen.

Die Abnahme bei den Aufwänden und die Ertragszunahme ergeben per 2006 einen Saldo von 219.4 Mio. Franken für den Gesundheitssektor (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien). Dies entspricht einer Abnahme der Nettokosten von 17.2 Mio. Franken oder 7.3% im Vergleich zum Vorjahr. Der vom Kanton finanzierte Anteil (Nettokosten) an den Gesamtkosten im Gesundheitswesen (Spitalbetriebe, Spitalabkommen und Beiträge, übrige Gesundheitskosten und Prämienverbilligung KVG) beträgt 35.6%. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr um 2.6% Punkte gesunken.

Die grosse Bedeutung des Gesundheitssektors für den Kantonshaushalt geht aus den Zahlenreihen 2000-2006 hervor. In dieser Zeitspanne hat der Aufwand (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien) um 145 Mio. Franken (30.8%) zugenommen. Dabei ist auch der Anteil der Gesundheitskosten am Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung und im Vergleich zum Vorjahr von 20.2% auf 23.1% gestiegen. Im gleichen Betrachtungszeitraum 2000-2006 sind die Erträge um 114 Mio. Franken (40.3%) gewachsen. Zudem ist auch der Anteil der Erträge aus dem Gesundheitssektor an den Gesamterträgen der Laufenden Rechnung im Vergleich zum Vorjahr von 12.3% auf 14.8% gestiegen.

Tabelle 10: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Gesundheitssektor⁹.

Aufwand	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ver.seit 2006 2000
Spitalbetriebe ¹	330	360	376	393	407	428	440 33%
Spitalabkommen und Beiträge ²	70	74	99	88	94	93	83 19%
Übrige Gesundheitskosten ³	3	4	4	4	4	3	3 -11%
Total ohne Prämienverbilligung	403	438	479	485	505	524	526 31%
Prämienverbilligung KVG ⁴	68	81	109	91	100	97	90 32%
Total mit Prämienverbilligung	471	519	588	575	604	621	616 31%
Ertrag							
Spitalbetriebe ¹	232	245	260	274	302	315	330 42%
Spitalabkommen und Beiträge ²	7	10	9	11	12	11	11 54%
Übrige Gesundheitsertrag ³	0.1	0.2	0.2	0.8	0.2	0.1	0.1 -54%
Total ohne Prämienverbilligung	239	255	269	286	314	326	341 43%
Prämienverbilligung KVG ⁴	44	47	64	53	59	58	56 27%
Total mit Prämienverbilligung	283	302	333	339	374	384	397 40%
Saldo (Aufwand-Ertrag)							
Spitalbetriebe ¹	98	115	116	119	105	113	110 13%
Spitalabkommen und Beiträge ²	63	64	90	77	82	82	73 15%
Übrige Gesundheitskosten ³	3	4	4	3	3	3	3 -10%
Total ohne Prämienverbilligung	164	183	210	199	190	198	186 13%
Prämienverbilligung KVG ⁴	24	34	45	38	40	39	34 41%
Total mit Prämienverbilligung	188	217	255	236	231	237	219 17%
¹ 2270, 2271, 2275, 2280, 2290, 2295, 2296 ² 2202 ³ 2201, 2204, 2205 ⁴ 2165 (366.20/460.00)							

4.4 Kommentar zum Sektor Bildung

Gegenüber der Rechnung 2005 ist der Nettoaufwand des Kantons im Bildungssektor um 8.9 Mio. Franken oder 1.7% gestiegen. Dabei ist der Anteil des Bildungsaufwands am Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung und im Vergleich zum Vorjahr von 19.9% auf 23.2% gestiegen. Der Stellenwert der Bildung im kantonalen Finanzhaushalt liegt somit knapp über demjenigen des Gesundheitssektors mit Einschluss der Prämienverbilligung (23.1% an Gesamtausgaben).

⁹ Werte nicht teuerungsbereinigt.

Der Nettoaufwand im Bildungssektor hat im Zeitraum 2000 bis 2006 um 118 Mio. Franken (27.5%) zugenommen. Im langjährigen Vergleich über die genannte Zeitspanne muss berücksichtigt werden, dass sich die Rechnungsbasis der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben sowie durch Verschiebungen von anderen Direktionen und den Gemeinden grundlegend verändert hat. Als Beispiele hierzu sind die Bereiche Übernahme Gesundheitsberufe von der VSD, Nettoeffekt Trägerschaftswechsel und Neuer Finanzausgleich (Realschulen, Musikschulen, Sonderschulen) und Universitärer Bereich (Uni BS: Erhöhung Beiträge inkl. Indexierung und Sonderbeitr., Institut für Systembiologie, IUV) hervorzuheben, die sich im Saldo der BKSD niederschlagen.

Im Vergleich zur Rechnung 2005 verzeichneten die Grundschulen einen hohen Aufwandsrückgang von -10.1 Mio. Franken sowie einer Ertragsminderung von -8.7 Mio. Franken. In der Zahlenreihe 2000 - 2006 (vgl. Tabelle 12) zeigt sich in der Rechnung 2005 ein massiver Anstieg von Aufwand und Ertrag. Dieser einmalige Effekt lässt sich auf die Übergangsregelung der Unterhaltsbeiträge der Sekundarschulbauten und -anlagen (LRV 2005/172 vom 14.12.2005) gemäss Revision des Bildungsgesetzes zurückführen.

Der Nettoaufwand bei den Weiterführenden Schulen ist infolge steigender SchülerInnen- und Klassenzahlen gegenüber dem Vorjahr um 2.6 Mio. Franken gestiegen. Gegenüber dem Budget 2006 resultierte jedoch eine Abnahme von 1.5 Mio. Franken. Dies lässt sich u.a. darauf zurückführen, dass in den fünf Gymnasien aufgrund der Klassenbildung und der Verjüngung des Lehrkörpers netto weniger Personalaufwand anfiel.

Bei der Berufsbildung sinkt der Nettoaufwand gegenüber der Rechnung 2005 um ca. 3.4 Mio. Franken. Die Abnahme lässt sich durch den Rückgang von Lehrverhältnissen und Wegfall von Klassen im Informatikbereich (GIB Muttentz), Minderaufwendungen bei den Beiträgen an die Handelsschule KV Basel (rund 80 Schüler/Innen weniger als budgetiert) und durch den Transfer der dreijährigen Berufsausbildung zur/zum Fachangestellten Gesundheit (FAGE) sowie den entfallenden Aufwendungen für Lohnzahlungen an Auszubildende des auslaufenden Kurses Diplomniveau I-Ausbildungen (RRB Nr. 1872 vom 19. November 2002) begründen.

Auf der Tertiären Stufe ist gegenüber dem Vorjahr ein Aufwandwachstum von 15.7 Mio. Franken bzw. 10.7% zu verzeichnen. Dieser Anstieg fällt durch die Neugestaltung des Trägerschaftsbeitrags des Kantons Basel-Landschaft an die FHNW und dem Vertrag zwischen BS und BL über die Beteiligung des Kantons an der Universität Basel an. Gegenüber dem Budget 2006 resultiert lediglich eine Zunahme von 1.75 Mio. Franken. Die Zunahme basiert hauptsächlich auf der jährlichen Anpassung des Uni-Beitrags an die Teuerung gemäss Staatsvertrag +1.4 Mio. Franken. Bei der Fachhochschule ist eine Ertragszunahme von 2.3 Mio. Franken bei der Rückerstattung freier Reserven der Hochschulen aufgrund der Integration in die FHNW zu verzeichnen.

Tabelle 11: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Bildungssektor¹⁰.

Aufwand	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ver. seit 2006 2000	
Grundschulen ¹	162	164	167	187	220	245	235	45%
Weiterführende Schulen ²	64	65	66	66	67	71	75	18%
Tertiäre Stufe ³	115	130	131	135	143	146	161	40%
Berufsbildung ⁴	105	108	118	116	115	121	119	13%
Übrige Bildungskosten ⁵	39	38	39	38	30	31	29	-26%
Total	485	505	521	542	575	613	619	28%
Ertrag								
Grundschulen ¹	3	3	3	3	5	30	21	599%
Weiterführende Schulen ²	17	13	14	13	15	15	17	5%
Tertiäre Stufe ³	1	1	3	3	1	0	3	0%
Berufsbildung ⁴	20	20	22	22	22	22	23	15%
Übriger Bildungsertrag ⁵	14	14	14	7	7	7	7	-53%
Total	55	51	56	48	50	74	71	29%
Saldo (Aufwand-Ertrag)								
Grundschulen ¹	159	161	164	184	215	216	214	35%
Weiterführende Schulen ²	47	52	52	53	52	55	58	22%
Tertiäre Stufe ³	114	129	128	132	142	146	158	39%
Berufsbildung ⁴	85	88	96	94	93	99	96	12%
Übriger Bildungsertrag ⁵	25	24	25	31	23	24	22	-11%
Nettoaufwand	430	454	465	494	525	539	548	28%
¹ 2520, 2521, 2522, 2524, 2527, 2529 ² 2530, 2531, 2532, 2533, 2535 ³ 2538, 2539 ⁴ 2542, 2543, 2545, 2546, 2547, 2549, (Landwirtschaftliche Ausbildung in 2240) ⁵ 2501, 2503, 2510, 2512								

¹⁰ Werte nicht teuerungsbereinigt.

4.5 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Der Kanton Basel-Landschaft hat 2006 rund 8% des Laufenden Haushalts für die Abgeltung von Leistungen aufgewendet, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben. Gegenüber 2005 ist nur eine geringe Abnahme im Verhältnis zum Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung zu verzeichnen. Wird die Tatsache, dass der Gesamtaufwand im 2005 rund 0.4 Mrd. Franken über dem Gesamtaufwand von 2006 liegt, berücksichtigt, resultiert eine beträchtliche Abnahme. Der Hauptgrund hierfür ist im Abschnitt "Beiträge an gemeinsame Aufgaben" dargestellt.

Bei den **Nettoabgeltungen** handelt es sich um Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Volkswirtschaft/Umwelt, Kultur und Sicherheit. Die Nettoabgeltungen für Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe haben gegenüber dem Vorjahr um 1.7 Mio. Franken oder 0.9% zugenommen. Diese Zunahme resultiert in den Bereichen Bildung +7.8 Mio. Fr. (Universitätsvertrag +3.4 Mio. Fr.; Sonderschulung und Jugendhilfe +1.9 Mio. Fr.; Neukonzeption von Brückenangeboten -0.8 Mio. Fr.; Lehrerbildungs- und Schulabkommen - gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden +3.6 Mio. Fr.), Gesundheit -3.5 Mio. Fr. (wovon Universitätsspital Basel -2.3 Mio. Fr.; Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe -0.6 Mio. Fr. (inkl. Rückerstattung); Ausserkantonale Hospitalisationen KVG BS -0.3 Mio. Fr.; diverse kleinere -0.3 Mio. Fr.).

Die Nettoabgeltungen im Bereich Volkswirtschaft/Umwelt haben um 2.0 Mio. Franken abgenommen (Basler Verkehrsbetriebe -3.0 Mio. Fr.; Rückerstattung für Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen -0.2 Mio. Fr.; Rückerstattung Abfallbewirtschaftung und -entsorgung - 0.8 Mio. Fr.). Im Kulturbereich erfolgte eine Erhöhung der Partnerschaftlichen Finanzierung von Kulturinstitutionen +0.6 Mio. Fr. Die Nettoabgeltungen im Bereich Sicherheit haben um 1.3 Mio. Franken abgenommen (Rückerstattung Einmietung UG Sissach +0.9 Mio. Fr.; Ausschaffungshaft -0.2 Mio. Fr.; Stiftung Frauenhaus Basel -0.2 Mio. Fr.).

Tabelle 12: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

in Mio. Franken	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Nettoabgeltungen an BS	145	167	163	181	165	181	188	191
Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	52	48	53	55	56	61	59	23
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	197	215	216	236	221	242	247	214
Aufwand Laufende Rechnung BL	2'086	2'221	2'211	2'434	2'272	2'429	3'081	2'664
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	9.42	9.69	9.77	9.70	9.73	9.99	8.02	8.01
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	8	16	8	13	5	5	5	5

Die **Beiträge an gemeinsame Aufgaben** haben insgesamt um 35.4 Mio. Franken abgenommen. Dabei verzeichnet der Bereich Bildung wie bereits erwähnt einen massiven Rückgang von 35.3 Mio. Franken, da die Abgeltungen der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW (ehemals Fachhochschule beider Basel FHBB und Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit HPSA-

BB) neu nicht mehr direkt an Basel-Stadt abgegolten werden. Im Bereich Gesundheit wurde eine Abnahme von 0.4 Mio. Franken (Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag)) und im Bereich Sicherheit eine Zunahme von 0.3 Mio. Franken (Euro 08 +0.3 Mio. Fr.) realisiert.

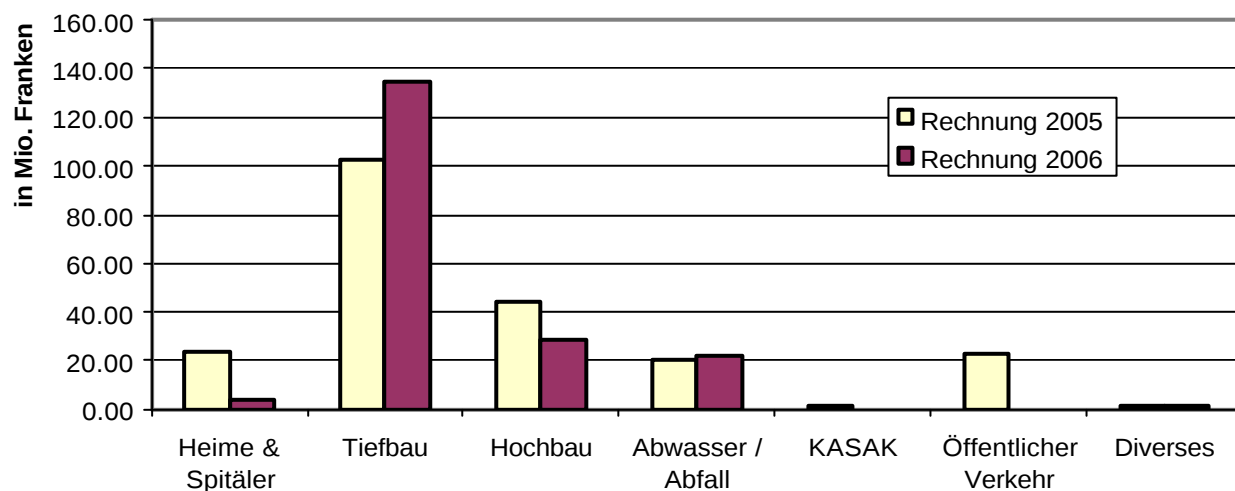
Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben um 0.3 Mio. Franken zu. Es handelt sich um folgende drei Projekte: Beteiligung Geopower AG (+2.6 Mio. Fr.), Neubau UKBB (+0.7 Mio. Fr.) und St. Jakob (-3.0 Mio. Fr.).

4.6 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die Bruttoinvestitionen belaufen sich auf 189.6 Mio. Franken und unterschreiten den Voranschlag um 22.9 Mio. Franken. Dies ist hauptsächlich auf die Minderausgaben im Bereich Tiefbau (J2 - Augst/Liestal -11.5 Mio. Franken) und den Bereich Hochbau (Neubau UKBB -3.9 Mio. Franken und Römerstadt Augusta Raurica -2.9 Mio. Franken) zurück zu führen. Die Einnahmen der Investitionsrechnung liegen mit 100.3 Mio. Franken deutlich über dem Vorjahr (+41.2 Mio. Franken), entsprechen jedoch den Budgeterwartungen. Den grössten Anteil daran machen die Bundesbeiträge für die Umfahrung Sissach von 37 Mio. Franken und für die Erneuerung der Nationalstrassen von 38.7 Mio. Franken aus.

Somit ergeben sich Nettoinvestitionen von 89.4 Mio. Franken. Sie unterschreiten die Budgeterwartungen um 22.8 Mio. Franken.

Abbildung 2: Investitionsausgaben - Vergleich Rechnung 2005 vs. Rechnung 2006.



Die grossen Abweichungen bei den Ausgaben der Investitionsrechnung sind in den folgenden Bereichen zu verzeichnen: Die Investitionsbeiträge an die Hochbauten des Hochbauamtes liegen um 13.1 Mio. Franken (exkl. die im HBA geführten Investitionen für Spitäler) unter dem Voranschlag. Bei den Investitionsausgaben für den Tiefbau wird das Budget für die Investitionsbeiträge um 4.2 Mio. Franken unterschritten. Auch bei den Investitionen für Heime und Spitäler wird das Budget um 1 Mio., im Bereich Diverses um 4.6 Mio. Franken nicht ausgeschöpft (Sicherheitsfunknetz Polycom).

Insgesamt entfallen 134.4 Mio. Franken oder 70.9% der Investitionsausgaben auf den Tiefbau. Die Umfahrung Sissach ist mit 31.3 Mio. Franken betragsmässig das bedeutendste Vorhaben. Die Ausgaben für die Erneuerung und Veränderung von National- und Hochleistungsstrassen belaufen sich auf 72.5 Mio. Franken. Weitere grössere Positionen im Tiefbaubereich sind: Augst - Liestal, J2 mit 3.5 Mio. Franken sowie die Erneuerung der Hauptstrasse in Tecknau (Abschnitt 2) mit 2.7 Mio. Franken.

Der Hochbau (exkl. die im HBA geführten Investitionen für Spitäler) beansprucht 20.6 Mio. Franken oder 10.9% der Bruttoinvestitionen. Davon flossen 4.2 Mio. Franken in den Ausbau des Staatsarchivs. 2.4 Mio. Franken wurden in den Umbau und die Sanierung der Mediothek des Gymnasiums Oberwil investiert. Weitere grössere Investitionsvorhaben sind: Kantonsspital Bruderholz für sicherheitsrelevante Massnahmen (4 Mio. Franken) und weitere Um- und Ausbauten von Gebäuden (3.4 Mio. Franken).

Der Anteil des Bereichs Abwasser/Abfall an den gesamten Investitionsausgaben beträgt 21.6 Mio. Franken oder 11.4%. Die grössten Vorhaben in diesem Bereich sind: Ausbau ARA Birs 2 mit 13.2 Mio. Franken, Schlammanlagen ARA Ergolz 2 mit 5.5 Mio. Franken und Neubau Werkstattgebäude Anlagen im Netz mit 1 Mio. Franken.

In den Bereich Spitäler sind im Rechnungsjahr 6.2% der Investitionsausgaben oder 11.7 Mio. Franken geflossen. Davon wurden 7.7 Mio. Franken zentral im HBA (neu ab 2006) eingestellt, welche für bauliche Investitionen in den Spitälern investiert wurden. 4 Mio. Franken entfielen auf Investitionen für Maschinen und Apparate in den Spitälern. Dies entspricht einer Abnahme von 0.3 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.

Auf diverse Bereiche wie Rheinhäfen, Natur- und Umweltschutz entfallen 1.3 Mio. Franken (0.7%). Die Investitionsbeiträge für das kantonale Sportanlagenkonzept (KASAK) laufen analog dem Öffentlichen Verkehr neu über die Laufende Rechnung. Für 2006 wurden Ausgaben von 2.5 Mio. Franken für die erste Tranche des Verpflichtungskredites KASAK II (LRV Nr. 2005/173) getätigt.

Beiträge an Investitionen Dritter (ehemals Investitionsbeiträge)

Mit dem Budget 2006 werden die Beiträge an Investitionen Dritter neu in der Laufenden Rechnung und nicht mehr in der Investitionsrechnung verbucht (vgl. LRV 2005/251). Sie belaufen sich in der Rechnung insgesamt auf 55 Mio. Franken. Eine Zusammenstellung der Beiträge an Investitionen Dritter für 2006 präsentiert sich wie folgt:

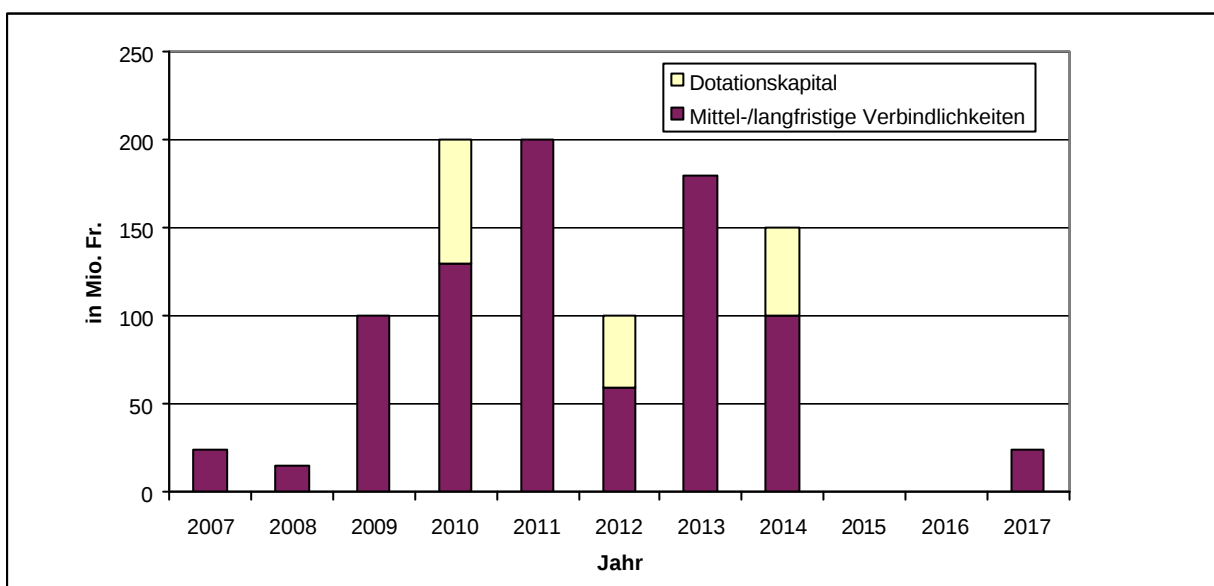
• Alters- und Pflegeheime	19.40 Mio.
• Öffentlicher Verkehr Trasseebauten & Verkehrsunternehmen (2317)	3.72 Mio.
• Geopower	2.88 Mio.
• Neubauprogramm Regio S-Bahn	8.87 Mio.
• BLT Depot Hüslimatt	14.42 Mio.
• Gleiserneuerung Tramlinie 14	2.53 Mio.
• KASAK	2.52 Mio.
• Diverse	0.67 Mio.

5. Vermögens- und Schuldenmanagement

Die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten für den Finanzbedarf der allgemeinen Staatsverwaltung in Form von Staatsanleihen und Darlehen haben gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung erfahren und betragen 837 Mio. Franken. Im Jahr 2006 bestand keine Fälligkeit zur Schuldenrückzahlung im mittel- und langfristigen Bereich. Die Verbindlichkeiten für das Grundkapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank belaufen sich unverändert auf 160 Mio. Franken.

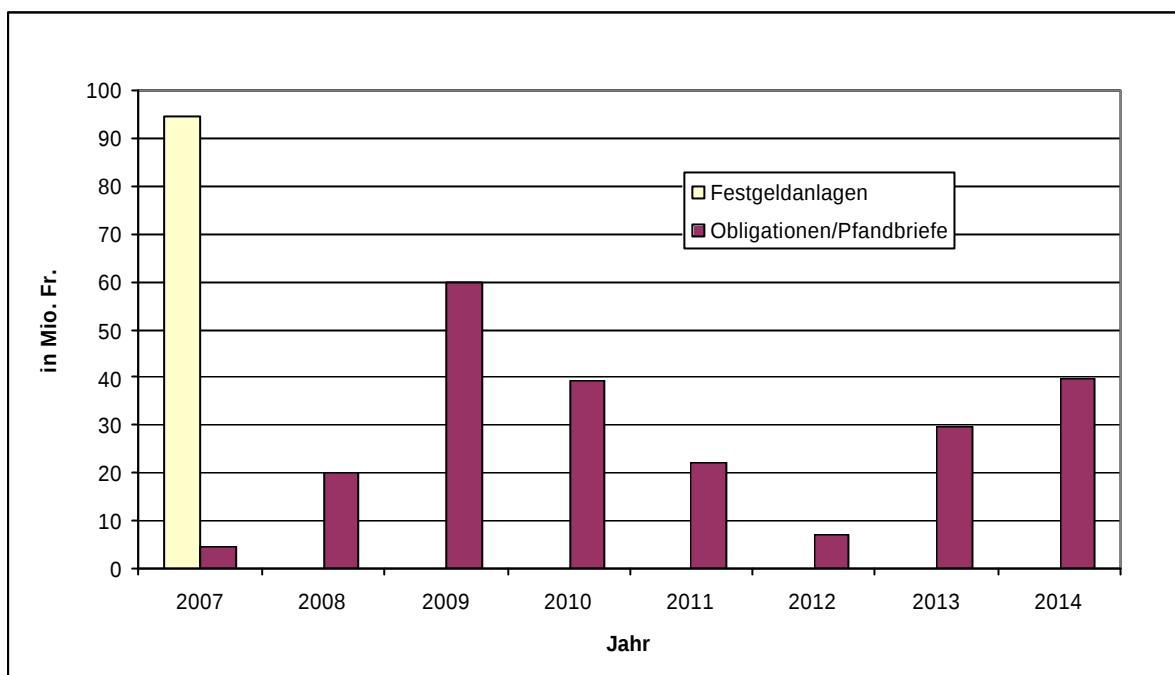
Die Fälligkeiten der mittelfristigen und langfristigen Verpflichtungen für die Jahre 2007 - 2017 präsentieren sich wie folgt (vgl. detaillierte Aufstellung im Anhang):

Abbildung 3: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.



Die Vermögens- und Geldanlagen präsentierten sich am 31.12.2006 wie folgt:

Abbildung 4: Fälligkeitsstruktur Festgeldanlagen, Obligationen/Pfandbriefe per 31.12.2006



Die Aufteilung des Goldvermögens setzt sich per 31. Dezember 2006 wie folgt zusammen:

- Liquidität/Festgeldanlagen 94.8 Mio. Franken
- Obligationen/Pfandbriefe zu Marktwert 221.4 Mio. Franken

Eine grobe Übersicht über die ganze Bilanz zeigen folgende Posten:

Das **Finanzvermögen** nimmt im 2006 gegenüber dem Vorjahr um 978.4 Mio. Franken ab. Dies ist vor allem auf eine Abnahme bei den Guthaben im Steuerbereich (Debitoren: -827 Mio. Fr.; Kontokorrente: -230.8 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Das **Fremdkapital** nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 1'026.7 Mio. Franken ab. Die wichtigsten Abweichungen beziehen sich ebenfalls auf den Steuerbereich (Laufende Verpflichtungen Kontokorrente: -356.3 Mio. Fr.; Vorauszahlungen von Debitoren: -823.4 Mio. Fr.).

Exkurs: Eventualverpflichtung für die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse

Die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse beträgt per Ende 2006 378.4 Mio. Franken oder 7 Prozent vom notwendigen Vorsorgekapital. Der Deckungsgrad der Pensionskassenverpflichtungen hat sich damit verbessert. Mit der letzten Revision des Pensionskassendekrets kann der Kanton, welcher für die Deckungslücke garantiert, auf die anderen in der BLPK angeschlossenen Arbeitgeber Rückgriff nehmen. Der Anteil an der Deckungslücke, welcher auf den Kanton als Arbeitgeber zufällt, beträgt 241.5 Mio. Franken oder rund 64 Prozent der gesamten Deckungslücke. Da für die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen im Gegensatz zu den privatrechtlichen Pensionskassen (noch) keine Vorschrift besteht, wonach die Verpflichtungen zu 100% gedeckt werden müssen, ist es nicht vorgeschrieben, dass diese Garantie in der Bilanz passiviert werden muss.

Der Regierungsrat beabsichtigt, die Deckungslücke auf lange Frist zu schliessen. Mit der Zunahme von Auslagerungen von Organisationseinheiten (z.Bsp. gemeinsame Trägerschaften) zeichnen sich in zunehmendem Masse Teilliquidationen ab. Eine Arbeitsgruppe ist zurzeit daran, Varianten für Massnahmen zur Schliessung der Deckungslücke zu erarbeiten. Für die zukünftige Schliessung der Deckungslücke (inkl. Rückstellung für Ausfinanzierung der Deckungslücke FHNW) bestehen Rückstellungen im Umfang von 221 Mio. Franken.

6. Überführung Vermögenswerte in das Verwaltungsvermögen

Folgende Vermögenswerte im Gesamtbuchwert von 2 Franken sollen vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen überführt werden.

Tabelle 13: Überführung Vermögenswerte in das Verwaltungsvermögen.

Bezeichnung	Darlehenssumme	Buchwert Total im Fin.-Vermögen per 31.12.06 (vor Überführung)
Darlehen		
Lungenliga beider Basel, Liestal - Grundpfandgesichertes Darlehen Ferienheim Bergfrieden, Kiental	300'000.--	1.--
Geopower Basel AG, Basel - Aktionärsdarlehen (Laufende Rechnung 2006; AUE 2330.36580-000) gemäss LRB 1000 vom 20.01.05 und RRB 856 vom 24.05.05	2'880'000.--	1.--

Im Verwaltungsvermögen werden diese zum Erinnerungsfranken bilanziert. Gemäss §13 Abs. 3 des FHG haben Vermögenswerte im Finanzvermögen ausschliesslich der Kapitalanlage zu dienen. Die aufgeführten Vermögenswerte erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Zudem wurden diese mit der Zielsetzung erworben, zur Erfüllung öffentlicher Verwaltungsaufgaben beizutragen. Aus diesen Gründen erfolgt eine Überführung ins Verwaltungsvermögen.

7. Abschlüsse der ausgelagerten Organisationseinheiten und der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten

7.1 Abschluss Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel führt im Auftrage der beiden Kantone die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, die von den beiden Regierungen festgelegt werden.

Die Rechnung 2006 der MFP schliesst mit einem Aufwand von 8.766 Mio. Franken (Budget: 8.746 Mio. Franken) und entsprechend mit einem Ertrag von ebenfalls 8.766 Mio. Franken

(Budget: 8.748 Mio. Franken) ab. Die kleine Differenz gegenüber dem Budget erklärt sich beim Aufwand in erster Linie durch die höheren Abschreibungen (+ 0.180 Mio. Franken) und beim Ertrag durch die höheren Einnahmen bei den Prüfungsgebühren von theoretischen und praktischen Führerprüfungen (+ 0.199 Mio. Franken).

7.2 Abschluss Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Gemäss Staatsvertrag über die Errichtung und Führung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW; SGS 649.22) führen die Trägerkantone die FHNW mit einem Leistungsauftrag. Den ersten Leistungsauftrag und den entsprechenden Globalbeitrag haben die vier Kantonsparlamente Ende 2005 für die Periode 2006-2008 genehmigt. Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im ersten Betriebsjahr der FHNW wird dem Landrat mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht der FHNW mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht).

Die FHNW ist in ihrem ersten Betriebsjahr gut gestartet und hat die gesetzten Ziele weitgehend erfüllt. Finanziell schliesst die FHNW das Geschäftsjahr 2006 mit einem Aufwandüberschuss von 1.146 Mio. Franken ab, was angesichts des Gesamtbudgets von rund 306 Mio. Franken und angesichts der im ersten Betriebsjahr beträchtlichen Fusionskosten ein gutes Ergebnis ist. Die FHNW muss ein Defizit gemäss Staatsvertrag innerhalb der folgenden drei Jahre kompensieren; die Budgets 2007 und 2008 sind entsprechend darauf ausgerichtet.

Im Jahr 2006 wurden aus den Reserven der Vorgängerinstitution FHBB insgesamt 2'293'490 Franken an den Kanton Basel-Landschaft zurückgeführt. Die Regierungen der vier Trägerkantone haben zudem im Grundsatz zugestimmt, dass weitere freie Reserven aus den ehemaligen Teilschulen anteilmässig an die FHNW übertragen werden können. Die diesbezüglich notwendige Genehmigung ist im Kanton Basel-Landschaft durch den Landrat noch nicht erfolgt. Die beantragten Reserven wurden gemäss Vereinbarung mit den Trägern noch nicht zurückgeführt und werden bis zum Beschluss als Schuld gegenüber den Trägerkantonen in der Rechnung der FHNW ausgewiesen. Der entsprechende Anteil des Kantons BL beläuft sich auf 1.5 Mio. Franken. Je nach Beschluss erfolgt die Zuweisung zu den Reserven der FHNW oder die Rückführung an die Träger. Die Finanzkontrollen der vier Trägerkantone sind gegenwärtig mit der Prüfung der Rechnung der FHNW, der Abschlussbilanzen der Vorgängerinstitutionen und der Gewährleistungsfälle befasst. Nach Vorliegen der Ergebnisse wird der Regierungsrat dem Landrat einen entsprechenden Antrag über die Verwendung der Reserven stellen.

Zu weiteren Positionen betr. FHNW vgl. den Dienststellenkommentar der BKSD (Rubrik 2538).

7.3 Abschluss Universitätskinderspital (UKBB)

Das Rechnungsjahr 2006 wird das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) voraussichtlich mit einem positiven Betriebsergebnis in der Höhe von rund 1 Mio. Franken abschliessen. Dieses erfreuliche Ergebnis ist zurückzuführen auf die permanenten Anstrengungen zur Optimierung des Ertrages bei gleichzeitiger Beibehaltung eines straffen Kostenmanagements.

Auch im 2006 konnte die Grenze von 40'000 Pflgetagen erreicht werden (exakt 40'006, Budgetiert 39'100). Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr von gut 900 Pflgetagen führt zu geringeren Erträgen in der Grössenordnung von rund 1,3 Mio. Franken. Einmal mehr zeigte sich, dass die Pflgetage als zentrale Grösse durch das UKBB nur marginal beeinflusst werden können. Im ambulanten Bereich konnten die Erträge bei einer gleich bleibenden Anzahl Konsultationen um 0,7 Mio. Franken gesteigert werden, was unter anderem auf die zusätzlichen Anstrengungen bei der Leistungserfassung zurückzuführen ist. Dies ist umso beachtlicher, als per Mitte 2005 der Taxpunktwert für den Tarmed von Fr. -.95 auf Fr. -.91 reduziert und ab 1.7.06 auf Fr. -.92

angehoben wurde. Aufgrund der guten Ertragslage musste das UKBB von den Trägerkantonen nur 5 Mio. Franken für Übrige Leistungen beanspruchen, 1,5 Mio. Franken weniger als im Vorjahr.

Aufwandseitig ist eine Zunahme der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Gründe dafür sind die erst im 2006 ganzjährig wirksame Änderung des Arbeitsgesetzes, welche eine durchschnittliche Erhöhung des Personalbestandes im Bereich der Assistenz- und Oberärzte um rund 4 Stellen gegenüber dem Vorjahr notwendig machte. Ausserdem musste der gewährte Teuerungsausgleich von 0.7% zusätzlich in der Pensionskasse nachfinanziert werden.

Zur Zunahme der Sachkosten trägt insbesondere der erhöhte Aufwand für den medizinischen Bedarf bei, wobei ein guter Teil dieser Kosten weiterverrechnet werden kann und dementsprechend für die Ertragssteigerung im ambulanten Bereich mitverantwortlich ist. Ausserdem erhöht sich der Haushaltsbedarf infolge Ausgliederung des Personalrestaurants und der Küche an einen externen Anbieter, wobei sich der Personalaufwand im Gegenzug entsprechend vermindert.

Über die Verwendung eines allfälligen Gewinnes kann noch keine Angabe gemacht werden, die Kantonsbeiträge für Übrige Leistungen wurden bereits von 8 Mio. Franken (Budget) auf 5 Mio. Franken reduziert.

8. Abschreibung der als Postulat überwiesenen Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: „GAP2“ (2005/096)

Der Wortlaut der als Postulat überwiesenen Motion lautet wie folgt:

"Dass sich die Kantonsfinanzen in einer Schieflage befinden, ist hinlänglich bekannt, wenn auch nicht überall anerkannt. Für das Jahr 2000 gab es ein letztes Mal eine ausgeglichene Rechnung. Seither reihte sich Defizit an Defizit, und die ungenügende Selbstfinanzierung der Netto-Investitionen liess den Schuldenberg stetig anwachsen, wie dies aus der nachfolgenden Tabelle (Beträge in Mio CHF) hervorgeht:

	Rechnung 2000	Rechnung 2004	Veränderung in %
Aufwand	2222	2429	+ 9,3 %
Ertrag	2224	2383	+ 7,1 %
Personalaufwand	716	873	+ 21,9 %
Sachaufwand	237	264	+ 11,4 %
Schulden	699	897	+ 28,3 %

Die Tabelle zeigt zudem auf, welche Aufwandpositionen deutlich überdurchschnittlich angewachsen sind; Personal- und Sachaufwand machen immerhin rund 48% des gesamten Aufwandes aus. Diese Entwicklung ist nicht nur - wie von der Regierung immer wieder moniert wird - auf neue, zusätzliche Aufgaben zurückzuführen, welche vom Parlament oder vom Volk beschlossen wurden. Die verwaltungsinterne Eigendynamik, die vom Parlament in den Budgetdebatten lange Zeit abgesegnet wurde, hat massgeblich zu dieser unerfreulichen Entwicklung beigetragen, letztmals im Jahr 2004 mit einem Personalzuwachs im Ausmass von 127 Vollstellen. Angesichts der massiven Personalvermehrung der letzten Jahre hat das Parlament am 22. April 2004 zwei Motionen - eine von Remo Franz und eine der SVP-Fraktion - überwiesen, welche im Wesentlichen einen Personalstopp verlangen.

Die Regierung selber war nicht untätig, sondern hat vor geraumer Zeit unter dem Stichwort „GAP-Massnahmen“ ein Entlastungspaket mittels einer Generellen Aufgabenüberprüfung angekündigt. Das anvisierte Ziel, im Jahr 2007 den Finanzhaushalt um 200 Millionen Franken zu entlasten, wird jedoch deutlich verfehlt; die dem LR unterbreitete Vorlage rechnet noch mit 135 Mio. CHF, wovon 35% auf Mehreinnahmen zurückzuführen sind. Das Massnahmenpaket ist nicht unumstritten, so dass mit weiteren Abstrichen zu rechnen ist. Selbst wenn die Vorlage ohne Korrekturen sowohl im Parlament als auch in einer allfälligen Volksabstimmung durchkommen sollte, wird das Ziel einer nachhaltigen Sanierung der Kantonsfinanzen nicht erreicht, wie dies dem aktuellsten Finanzplan 2005 - 2008 entnommen werden kann.

Damit

- kommende Generationen nicht einen unvernünftig hohen Schuldenberg abtragen müssen resp. durch dessen Zinslast unverhältnismässig eingeschränkt werden
- der Kanton auch künftig seine Kernaufgaben wahrnehmen und auch finanzieren kann (nur ein finanziell gesunder Staat kann letztlich auch ein sozialer Staat sein)
- finanzielle Mittel für strategische Vorhaben frei werden, welche die Standortattraktivität zu erhalten beziehungsweise zu erhöhen vermögen, (Umbau der Fachhochschule, Festigung der Universität, Ausbau der Regio S-Bahn, Bau der H2, Sanierung/Neubau Bruderholz usw.)
- vermieden werden kann, dass zur Sanierung der Kantonsfinanzen die Steuern erhöht werden müssen
- nicht weiter Zeit ungenutzt verstreicht, und sich die finanzielle Gesundung nicht weiter verzögert

besteht nach wie vor Handlungsbedarf; dabei müssen nun die verwaltungsinternen Strukturen und Abläufe kritisch hinterfragt werden, und zwar nötigenfalls mit unabhängiger, externer Unterstützung.

Es geht dabei im Rahmen einer Struktur- und Input/Outputanalyse u.a. um Fragestellungen wie:

- Lassen sich durch eine Reduktion der Anzahl Führungsebenen - allenfalls verbunden mit einer grösseren Zahl an Unterstellten - die Entscheidungswege vereinfachen und Stellen reduzieren (Flachere Strukturen)?
- Braucht es die zahlreichen, dezentral angesiedelten Personal- Administrations- Buchführungs- und Stabstellen? Oder kann durch eine Straffung dieser Funktionen die Verwaltung nicht schlagkräftiger organisiert und damit die Aufgabenerfüllung kostengünstiger gestaltet werden?
- Können beim Einkauf von Materialien und Dienstleistung durch einen konzertierten Auftritt gegen über den Lieferanten nicht bessere Konditionen erzielt werden (z.B. gemeinsamer Einkauf für alle Spitäler)?
- Braucht es das Sicherheitsinspektorat wirklich noch? Muss der Kanton zwingend einen eigenen Verlag führen?
- Was würde es bedeuten, wenn z.B die Kantonale Denkmalpflege um 50% verkleinert würde?
- Lassen sich Dienststellen mit ähnlichen verwandten Aufgaben /Dienstleistungen zusammenfassen (für das Umweltlabor und Kantonslabor wurde schon längst eine Zusammenlegung angeregt)?

- Können Aktivitäten über die Kantonsgrenze hinaus zusammengelegt werden, wodurch für die Kunden erst noch spürbare Erleichterungen realisiert werden können (vgl. Vorstösse für eine Fusion der Umweltämter)?
- Können Dienstleistungen (weiterhin) von bestehenden, privaten Organisationen zu günstigen Konditionen bezogen werden, statt dass sie durch (allenfalls neu zu schaffende) Stellen selber erbracht werden?
- Können Dienstleistungen, welche unregelmässig anfallen und hohe Bereitstellungskosten verursachen, extern eingekauft werden (z.B. Schneeräumung an Private vergeben, statt selber Personal und Gerätschaften bereit halten, die nur für kurze Zeit dann aber sehr intensiv benötigt werden)?
- Braucht es die heutige Menge an Publikationen, Prospekten, Dokumentationen, Periodika usw (Vgl. Vorstoss Hildy Haas)?
- Welcher Mehrwert ist aufgrund der in den letzten Jahren personell aufgestockten Fachstellen und Dienststellen entstanden? Ist überhaupt ein Mehrwert entstanden, und zwar einer, der wirklich notwendig ist, nicht nur wünschbar?
- Wird das geltende Entlohnungssystem mit der nötigen Sorgfalt gehandhabt? Warum werden jährlich gegen 10 Mio. für den ES-Anstieg sowie zusätzliche Mittel für Beförderungen und Sonderzahlungen benötigt? Ist kantonsweit sichergestellt, dass überall mit den „gleichen Ellen“ gemessen wird?

Der Regierungsrat wird daher beauftragt, dem Parlament bis Ende 2006 ein Paket von Massnahmen zu unterbreiten, durch welche die Laufende Rechnung ab dem Jahr 2008 nachhaltig - und zusätzlich zu den in der GAP-Vorlage angestrebten 135 Mio. - um 47 Millionen Franken entlastet werden kann."

Erwägungen

Der am 7. April 2005 eingereichte Vorstoss verlangt, dass der Regierungsrat dem Parlament bis Ende 2006 ein Paket von Entlastungsmassnahmen unterbreitet, welches ab dem Jahr 2008 den Staatshaushalt nachhaltig um zusätzlich 47 Mio. Franken entlasten soll. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorstosses prognostizierte der Finanzplan 2005-2008 für das Jahr 2006 ein Defizit in der Laufenden Rechnung von 39 Mio. Fr., für das Jahr 2007 ein solches von 23 Mio. Fr. und für das Jahr 2008 ein Defizit von 181 Mio. Fr.

Die Rechnungsabschlüsse 2005 und 2006, das Budget 2007 sowie der aktuelle Finanzplan 2007-2010 zeigen, dass sich die Finanzlage seit der Einreichung des Vorstosses stark entspannt hat. Aufgrund der positiven Rechnungsabschlüsse der Jahre 2005 und 2006 hat sich das Eigenkapital von 132.5 Mio. Fr. (Ende 2004) auf 185.5 Mio. Fr. erhöht. Das Budget 2007 ist mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung von 6.8 Mio. Fr. praktisch ausgeglichen. Der Finanzplan 2007-2010, welcher die unbeeinflusste finanzielle Entwicklung aufzeigt, weist in der Laufenden Rechnung für die Jahre 2008 bis 2010 Defizite in der Bandbreite von 49 bis 85 Mio. Fr. auf.

Der Regierungsrat unterstützt die beabsichtigte Stossrichtung des Postulats und erachtet die in § 129 der Kantonsverfassung vorgesehene Überprüfung der Aufgaben und Ausgaben als eine Daueraufgabe. Die Überprüfung der Aufgaben auf ihre Notwendigkeit stellt lediglich ein Element der finanzpolitischen Strategie des Regierungsrates dar. Mit der Einführung einer Defizitbremse beispielsweise soll ein neues finanzpolitisches Instrumentarium geschaffen werden, das den

mittelfristigen Haushaltsausgleich stärker verankert. Desweiteren sind in zahlreichen Bereichen Projekte im Gange, bei denen die Aufgaben und Prozesse auf eine Effizienzsteigerung hin überprüft werden (z.Bsp. NFA, Einführung einer integrierten Plattform für die EDV-Lösungen im Personal- und Rechnungswesen, Prüfung einer Fusion der Kantonslaboratorien der beiden Basel, gemeinsamer Einkauf von Medikamenten durch die Spitalbetriebe, etc.). Bei diesen Projekten sind alle Direktionen gefordert, und die bestehenden Ressourcen sollen für die Umsetzung der eingeleiteten Massnahmen eingesetzt werden. Für eine flächendeckende Überprüfung der Aufgaben ist aufgrund der Entspannung der Finanzlage und der bereits in Angriff genommenen Projekte keine Notwendigkeit gegeben.

In Anbetracht der oben aufgezeigten Ausgangslage beantragt der Regierungsrat, dass das Postulat als erfüllt abgeschrieben wird.

9. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 20.März 2007

Im Namen des Regierungsrates

Der Regierungspräsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Entwurf

Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2006

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2006, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2006 wird Kenntnis genommen.
3. Die als Postulat überwiesene Motion 2005/096 der CVP/EVP-Fraktion betreffend "GAP 2" wird abgeschrieben.
4. Die Überführung folgender Vermögenswerte im Gesamtbuchwert von 2 Franken vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen wird genehmigt. Die Bilanzierung im Verwaltungsvermögen erfolgt jeweils zum Erinnerungsfranken.

Bezeichnung	Darlehenssumme	Buchwert Total im Fin.-Vermögen per 31.12.06 (vor Überführung)
Darlehen		
Lungenliga beider Basel, Liestal - Grundpfandgesichertes Darlehen Ferienhaus Bergfrieden, Kiental	300'000.--	1.--
Geopower Basel AG, Basel - Aktionärsdarlehen (Laufende Rechnung 2006; AUE 2330.36580-000) gemäss LRB 1000 vom 20.01.05 und RRB 856 vom 24.05.05	2'880'000.--	1.--

5. Die Zuweisung von 65 Mio. Franken in den Fonds zur Finanzierung des Neubaus des Kantonsspitals Bruderholz, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.
6. Die Zuweisung von 50 Mio. Franken in den Fonds zur Finanzierung eines Campus FHNW/Uni im Kanton Basel-Landschaft, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Regierungspräsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber: Walter Mundschin